

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4508. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipz., Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 18898. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4508

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M.; Reklame-Kolonelle 7.50 M. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweigabstände und alle Postanstalten entgegen.

Die Orgeßch stiehlt Geschütze!

Berlin, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts bringt heute morgen folgende Notiz: In der Nacht vom 6. zum 7. Juni sind wie unser Liegnitzer Parteiblatt meldet, auf dem Truppenübungsplatz Küstrin 18 Geschütze, die zur Vernichtung bestimmt waren, gestohlen worden. Es handelt sich um 4 schwere Feldhaubitzen (10 Zm.) und 14 Feldkanonen mit Proben, alle vollständig gebrauchsfähig.

Diese Meldung kommt aus zuverlässiger Quelle, sie stand nämlich unaufrichtig im amtlichen Mitteilungsbogen der Eisenbahnbehörde. Der Abtransport dieses Geschützparks, zu dem eine große Anzahl Munitionswagen und Pferde gebraucht werden mußten, ist angeblich von niemand bemerkt worden, alle Dienststellen versichern ihre Unschuld. Wird Herr Geßler gegen die Stellen einschreiten, die zulassen, daß 18 Geschütze gestohlen werden?

Es handelt sich nicht um den einzigen Fall dieser Art. In der Nacht zum 30. Juni erlitten etwa 30 Personen mit zwei Autos vor dem Ehrenfriedhof in Liegnitz und begannen, die dort aufgestellten 4 Geschütze v. n. dem Friedhof fortzuschleppen. Der Friedhofswächter wurde jedoch durch die Geräusche aufmerksam und alarmierte eine Polizeistreife. Es gelang, drei der Täter festzunehmen. Einer derselben ist der Hauptmann v. Niklisch, Führer der Orgeßch im Landkreis Schlesien. Drei Geschütze wurden den Tätern sofort abgenommen, das vierte war aber schon abgehahren und wurde später in einer Wäschung versteckt, von Liegnitzer Parteigenossen aufgefunden. Die bürgerliche Presse schweigt den gesamten Vorfall tot.

Das Jagow-Possenspiel.

Wird der blamierte Schiffer endlich gehen?

Berlin, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Durch die bürgerliche Presse geht in diesen Tagen wieder ein neuer Bräutigam Jagows, in dem es heißt: „Auf die Behauptung, mein Aussehen sei nicht bekannt, stelle ich fest, daß ich am 3. Mai dieses Jahres bei der Vernehmung durch den Untersuchungsrichter in Leipzig zu Protokoll gegeben habe: ich wohne in Potsdam, Bergstraße 7.“

Der Vorklagegeiger macht sich in einer Notiz darüber lustig, daß Jagow nicht aufgefunden werden kann.

Die Freiheit schreibt zu diesem Fall: „Zu diesem Possenspiel ist weiter nichts mehr zu bemerken. So trefflich ist die Justiz noch nie entlarvt und gebrandmarkt worden, wie durch den Herrn v. Jagow. Einen so famosen Justizminister, wie den Herrn Dr. Schiffer hat es ebenfalls noch nie gegeben, auch unter Wilhelm Hohenzollern nicht. Aber es wurde auch noch nie so schamlos das Recht gebeugt.“

Webrigens scheint Jagow Wohnung und Tätigkeitsbereich neuerdings verlegt zu haben. Nach einer Meldung der Schlesischen Arbeiterzeitung ist er nämlich gemeinsam mit dem Balkumgeneral v. d. Golz und dem „Tat“-Grasen Westarp im Savon-Hotel in Breslau abgezogen.

Wenn die demokratische Berliner Volkszeitung an diese Mitteilung die Bemerkung knüpft: „Darf man von den Breslauer Polizeibehörden erwarten, daß sie diese Ausflüchter etwas näher betrachten?“, so möchten wir unerserits bemerken, daß unsere Erwartungen in bezug auf die Breslauer Polizeibehörden genau so hoch sind wie auf den Parteimann der Volkszeitung, den Reichsjustizminister Schiffer.

Es ist natürlich nicht von ungefähr, daß sich die drei Reaktionen nach Schlesien begaben. Denn in der Provinz Schlesien sind gegenwärtig Tausende von bewaffneten Orgeßchleuten, Freikorpsmitgliedern und Angehörigen anderer gegenrevolutionärer Formationen verammelt, und über deren Pläne kann um so weniger Zweifel bestehen, als auch jetzt noch, nach der vereinbarten Räumung der von den polnischen Injuranten und dem deutschen Selbstschutz besetzten Zonen, fortgesetzt in verschiedenen Teilen Deutschlands Waffen, darunter auch Geschütze, angekauft und nach Schlesien transportiert werden.

Die Polizei hätte deshalb schon Anlaß zur Wachsamkeit — aber...

Bemerkenswert ist übrigens, daß das Leipziger demokratische Parteiblatt die neue Blamage seines Parteigenossen Schiffer bis heute morgen schweigend verschweigt. Sonst pflegt es in der Uebermittlung auffälliger Ereignisse etwas sizer zu sein.

Kühnliche Fragen an den Reichsjustizminister.

Genosse Rosenfeld hat folgende Anfrage an die Regierung gestellt:

1. Ist Herr Traugott von Jagow gesund oder ist er nicht gesund?
2. Ist gegen die Verträge, deren für Herrn v. Jagow ausgestellte Zeugnisse offensichtlich nicht der Wahrheit entsprechen, ein Verfahren eingeleitet worden?
3. Wann ist der Haftbefehl gegen Herrn v. Jagow erlassen worden?
4. Kann darüber Auskunft erteilt werden, weswegen es im Gegensatz zu der heute leider bestehenden Praxis unterblieben ist, den Haftbefehl auch auf Kollisionsverdacht auszuweihen, da keiner der Kapitulanten verhaftet ist und sie alle die Möglichkeit haben, solange sie in Schlesien gelassen werden, sich miteinander zu verständigen?
5. Von wann datiert der Beschluß, daß der Haftbefehl gegen Kaution nicht vollstreckt werden soll?
6. Wer trägt die Verantwortung für diesen Beschluß?
7. Sind der Regierung andere Fälle bekannt, in denen ein Haftbefehl aus den im Falle des Herrn von Jagow als ausreichend anerkannten Gründen nicht vollstreckt worden ist?

8. Welche Versuche sind in der Zwischenzeit gemacht worden, um den Haftbeschluß zur Vollstreckung zu bringen?
9. Welche behördlichen Maßnahmen sind ergriffen worden, um den Aufenthalt des Herrn v. Jagow wenigstens jetzt, nach der Einstellung des Haftbeschlusses zu ermitteln?
10. Ist der Verteidiger des Herrn von Jagow aufgefordert worden, den Aufenthalt seines Klienten anzugeben, oder weswegen ist diese einfachste Art, den Aufenthalt eines Beschuldigten zu ermitteln, nicht versucht worden?
11. Hat der Verteidiger sich zugleich als Justizungsbevollmächtigter seines Klienten legitimiert, wenn und solange dessen Adresse der Behörde unbekannt blieb?
12. Sind Vorladungen an die Adresse des Herrn von Jagow direkt ergangen oder auf dem Umweg über seinen Justizungsbevollmächtigten?
13. Aus welchem Grunde hat Herr von Jagow dieser Vorladung nicht Folge geleistet?
14. Aus welchem Grunde ist die Verfassserklärung der gesetzlichen Kaution unterblieben, für den Fall, daß Herr von Jagow nicht der Vorladung Folge geleistet hat?
15. Welche Belohnung ist auf die Ermittlung des Herrn von Jagow ausgesetzt worden?

Der Stand des Steuerprogramms.

Berlin, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, sind die prinzipiellen Beratungen über die Vermögens- und Einkommensteuer im Reichskabinett vorläufig beendet. Die Steuererleichterung sind an die zuständigen Ressorts zur Weiterberatung verwiesen. Das Reichsfinanzministerium ist mit der Ausarbeitung zweier Einkommensteuergesetzentwürfe beauftragt, und auch das Reichswirtschaftsministerium hat den Auftrag erhalten, einen Einkommensteuergesetzentwurf, der seinen Plänen entspricht, auszuarbeiten. Der Reichstagsrat wird am Anfang der nächsten Woche im Parlament eine Erklärung über die Grundzüge der Steuerpolitik und den Umfang der Steuerfragen abgeben.

Wuchergewinne der Viehhändler.

München, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Im Wirtschaftsausschuß des Landtages kam es gestern gelegentlich eines Antrages, der die Ermäßigung der Fleischpreise zum Gegenstand hatte, zu einer Aussprache über die in der Presse wiederholt besprochenen märchenhaften Gewinne der bayerischen Viehhändler. Dabei erklärte der Regierungsvorsteher, daß die Gewinne der Viehhändler sich auf völlig legalem Wege bewegten; was die Viehhändler verdienen, sei ihnen infolge der Maßnahmen und Einrichtungen des Reiches zur Durchführung der Ententelieferungen in gesetzlicher Weise zugekommen. Die Viehhändlergenossenschaft hat über 8 Millionen Mark Gewinne erzielt. Auf jeden Anteil von 200 Mark seien 2500 Mark Gewinn verteilt worden. Demnach soll eine besondere Sitzung des Ausschusses stattfinden, der sich nochmals eingehend mit der Frage der Viehhändlergewinne beschäftigt und in der das Landwirtschaftliche Ministerium ausführlich dazu Stellung nimmt.

Die Bevölkerung, die unerlöschliche Preise für das Fleisch zu zahlen hat oder es nur noch an hohen Festtagen essen kann, darf sich also beruhigen — die Wuchergewinne der Viehhändler sind durchaus gesetzlich! Es ist alles in schönster Ordnung.

Ein Missetat?

München, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Münchner Morgenblätter melden, daß heute nacht um 1/11 Uhr auf einen Wohnort der Einwohnerwehr durch das Fenster seiner Wohnung ein Schuß abgegeben wurde. Der Schuß sei aber im Fensterkreuz stecken geblieben. Der Name des betreffenden Bezirksführers der Einwohnerwehr wird nicht genannt. Die Münchner Neuesten Nachrichten schreiben, daß dieser Bezirksführer sich um die Sicherung der Ziele der Einwohnerwehr sehr tatkräftig bemüht habe, und die München-Augsburger Abendzeitung behauptet, daß es sich um denselben Einwohnerwehrführer handele, bei dem nach der Ermordung des Genossen Garelis eine gründliche Hausdurchsuchung durch die Polizei gehalten wurde. Nach diesen Andeutungen kann wohl behauptet werden, daß es sich um einen Einwohnerwehrführer handele, der seinerzeit bei dem Mordprozeß Dobner-Bracher, bei dem es sich um erhebliche Waffenverschleppungen handelte, beteiligt gewesen ist. Es muß abgewartet werden, was die polizeilichen Erhebungen fördern, bevor man aus dem abgegebenen Schuß weitere Schlüsse ziehen kann.

Wird Denicola das italienische Kabinett bilden?

Folgende beiden einander widersprechende Nachrichten müssen wir registrieren:
Rom, 1. Juli. Denicola hat nach einer Stefanimeldung den Auftrag zur Kabinettsbildung abgelehnt. Wahrscheinlich wird nunmehr Bonomi, der heute mit dem König eine Unterredung haben wird, mit der Kabinettsbildung betraut werden.
Paris, 1. Juli. (M.) Laut den letzten Berichten soll Denicola den Auftrag zur Kabinettsbildung angenommen haben, nachdem die sozialistische Gruppe die Zusage erteilt, ihm die Erfüllung seiner Aufgaben zu erleichtern.

Der Sieg der Agrarier.

Die Agrarier groß und klein haben sich mit der städtischen Bourgeoisie zu einer festen Einheitsfront vereinigt, die durch die Klassenvertreterischen Schichten der „christlichen“ Arbeiter und der „demokratischen“ Beamten verstärkt wurde und über die Arbeiterschaft und die Volkswirtschaft einen Sieg nach dem andern errungen. Die Agrarier, die durch die wucherische Ausnutzung der Notlage, in die der Krieg und die Blockade unsere Volkswirtschaft gestürzt haben, ihre wirtschaftliche Lage mit einem Schlag so hoch gehoben haben, als die der arbeitenden Schichten der Bevölkerung gesunken ist, die sich entschuldeten und in ihren Strümpfen und Trüben Gold und Banknoten ausschütteten, die Agrarier, die, um ihr Getreide nicht der Allgemeinheit zur Ernährung des Volkes abliefern zu müssen, den Anbau sabotierten oder den größten Teil ihrer Produktion im Schleichhandel zu doppeltem oder dreifachen Preise verschwinden ließen und das hungernde Volk um sein Brot und den Staat um die Steuern betrogen, diese Agrarier sind zum verhäßtesten Lieblingskind der bürgerlichen und Koalitionsregierungen geworden. Der Reichsernährungsminister, dem, wie man meinen sollte, die Sorge für eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung obliegt, ist ihr erklärter Freund und unterstützt seit Beginn seiner Tätigkeit in Wort und Tat ihre Bestrebungen, sich der Pflichten, die ihnen im Interesse der Volkswirtschaft auferlegt werden, vollständig zu entziehen.

Und, treulich gekleidet, von ihrem schwarzen Bannerträger, haben die schwarzen und grünen Scharen, die, statt das Land zu ernähren, es auffressen, einen Sieg nach dem andern errungen. Sie haben die Zwangswirtschaft mit von Jahr zu Jahr steigendem Erfolge sabotiert, und der Reichsernährungsminister ist, statt auf Mittel und Wege zu stehen, wie ihnen die Erfüllung ihrer Pflicht eingebläut werden könnte, nicht müde geworden zu erklären, daß nur durch die Aufhebung der Getreidebewirtschaftung die Ernährungslage des Volkes gebessert werden könnte, und hat es schließlich soweit gebracht, daß der ungeheuliche, aber tatsächlich bestehende Zustand zum legalen erhoben, der Bruchteil der Getreidemenge, den die Agrarier bisher abliefernten, noch verkleinert und der restliche Teil der Ernte ihnen zum freien Verkauf völlig freigegeben wurde. Während noch im letzten Jahre das Reich und die Kommunen insgesamt immerhin 3,5 bis 4 Millionen Tonnen Getreide erfassen konnten, sehen es die Agrarier mit Hilfe ihrer guten Freunde im Zentrum und bei den Demokraten, die die Interessen ihrer Arbeiter- und Beamtenwähler schönede vertieren, durch, daß die Ablieferungspflicht für die Getreidemenge bloß auf 2,5 Millionen Tonnen festgesetzt wurde, d. h. auf nicht viel mehr, als die Hälfte derjenigen Getreidemenge, die zur Aufrechterhaltung der heutigen Hungergenerationen notwendig ist.

Aber die Agrarier haben sich mit diesem Sieg, der ihnen Milliarden und aber Milliarden in den Schoß wirft, nicht zufriedengegeben, sie sind drauf und dran, ihn durch einen neuen zu vervollständigen, und sämtliche bürgerlichen Parteien leisten ihnen wieder Gefolgschaft: Im Reichswirtschaftsrat sowie im Reichsrat — dort gegen die Stimmen der süddeutschen Länder und Sachsen — wurde beschlossen, den Uebernahmepreis für das Umlagegetreide um 20 und 50 Prozent zu erhöhen. Und mit welcher Begründung? Bisher erhielt der Landwirt für die Tonne Getreide je nach Sorte und Qualität 1400 bis 1500 Mark. Bei diesem Preis konnte er selbst nach einer Angabe der sogenannten Indexkommission — einer durchaus im Sinne der Agrarier arbeitenden Körperschaft — einen gewissen Produktionsgewinn erzielen, von den Schleichhandelsgewinnen für das nicht abgelieferte Getreide und von den legalen Gewinnen für die nichtbewirtschafteten Produkte — Kartoffeln, Fleisch usw. — ganz abgesehen. Nun aber stellte sich die Indexkommission auf den Standpunkt, daß die Produktionskosten seit der vorigen Ernte so gestiegen seien, daß ein um 50 Prozent höherer Preis — von 2100 bis 2300 Mark per Tonne für Roggen und Gerste bzw. Weizen — als angemessen anzusehen sei. Wir haben allen Grund, dieser Angabe das höchste Mißtrauen entgegenzusetzen. Bis vor kurzem war von amtlicher Stelle ein Preis von 1800 Mark per Tonne mit Einrechnung eines angemessenen Produktionsgewinnes als angemessen erklärt worden, wobei die letzten Erhöhungen des Marktpreises bereits inbegriffen sein dürften. Wir können nicht annehmen, daß inzwischen, in einer Zeit des Preisrückganges für Rohmaterialien und Maschinen, die Produktionskosten weiter gestiegen seien.

Aber selbst, wenn man auf eine Kritik der Berechnungen der Indexkommission verzichtet, bleibt zu berücksichtigen, daß die gesetzliche festgelegten Preise nur für die abgelieferungspflichtige Getreidemenge gelten, während der übrige, bedeutend größere Teil der Ernte im freien Handel zu Weltmarktpreisen verkauft werden kann. Da unsere Valuta in den letzten Wochen um ein Viertel gesunken ist, dürften auch die Getreidepreise rasch um ein Viertel steigen und heute bereits auf rund 5000 Mark per Tonne hinaufgekommen sein. Man bedenke, für eine Tonne Getreide erhält der Landwirt 5000 Mark, während der Produktionspreis mit Einrechnung eines angemessenen Gewinns 1800 bis höchstens 2300 Mark beträgt. Bei jeder Tonne Getreide, die der Landwirt im freien Handel verkauft, wird er also über den normalen Gewinn hinaus einen Uebergewinn von 3000 Mark erzielen. Das wird je nach dem Ausfall der Ernte für die gesamte deutsche Landwirtschaft 6 bis 9 Milliarden Mark ausmachen, wahrscheinlich aber noch mehr, da die offiziellen Ernteangaben gewöhnlich zu niedrig gegriffen sind.

Und trotzdem, trotz dieser Milliarden Gewinne, ist die Hagier der Agrarier noch nicht gestillt, scheuen sich Regierung und bürgerliche Parteien nicht, ihnen noch weitere Milliarden in den Taschen